

Kulturtaten des Kapitalismus

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **5 (1913)**

Heft 1

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-350019>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

anlassen mich, mich um Hilfe zwecks Organisation an die schon bestehenden Arbeitervereinigungen — Gewerkschaften — zu wenden, weil die Angestellten der Hotellerie selbst nicht in der Lage sind, hier den *Anfang* zu machen. Und nur um letzteren handelt es sich. *E. St.*



Kulturtaten des Kapitalismus.

Wie die europäischen und amerikanischen Kapitalisten es verstehen, den Eingebornen Asiens, Afrikas und Amerikas die Segnungen kapitalistischer Kultur zuteil werden zu lassen, ist nachgerade bekannt. Wer hätte nicht von den entsetzlichen Greueln gelesen, die an den Eingebornen des seinerzeit dem Belgierkönig Leopold II. gehörenden Kongostaates verübt wurden. Bekanntlich sind Kongoneger zu Tausenden eingesperrt, abgeschlachtet oder verstümmelt worden, weil sie sich weigerten, in den Kautschukpflanzungen für europäische Kapitalisten unter den denkbar schlimmsten Bedingungen zu arbeiten. — Nicht viel besser machten es die Engländer seinerzeit den Kaffern, die nicht in den südafrikanischen Gruben elend zugrunde gehen wollten. Ab und zu dringt die Kunde von Revolten der Hindus gegen die Engländer oder der Malayenstämme auf Niederländisch Indien, gegen die holländischen Ausbeuter bis zu uns. Wenn es auch meistens schwer ist, über diese Vorkommnisse die ganze Wahrheit zu erfahren, soviel ist mit Bestimmtheit herauszubekommen, dass die Eingebornen in jenen fernen Ländern nicht minder unter dem Joch des Kapitalismus seufzen, als die Fabrikproletarier in Europa oder in Amerika.

Was aber kürzlich an Grausamkeiten, die in den peruanischen Kautschukunternehmungen an Indianern verübt wurden, aufgedeckt wurde, das scheint alles bisher Verübte noch zu übertreffen.

Wir entnehmen darüber einem gut bürgerlich gesinnten Blatt, dem « Bund », folgende Mitteilungen:

„Die Putumajo-Greuel.

« 30,000 Morde. »

Das englische Unterhaus hat eine Kommission eingesetzt zur Prüfung der Verantwortlichkeit der britischen Direktoren jener Gummiausbeutungs-Unternehmungen, die in Peru sich unerhörte Ausschreitungen gegen die einheimische Bevölkerung zuschulden kommen liessen.

Letzten Donnerstag wurde, laut « Daily Mail », *J. R. Gubbins*, Vorsitzender der Amazon Peruvian Company, einvernommen, speziell über die sogenannten militärischen Operationen, welche sich die Gesellschaft erlaubte.

Es zeigte sich, dass die Gesellschaft ausser-

ordentlich grosse Auslagen für Waffen und Kriegsmunition gemacht hat. Der Direktor erklärte diese kriegerischen Rüstungen mit der Feindschaft wilder Indianerstämme, welche mit vergifteten Pfeilen und Blaseröhren (!) ausgerüstet seien.

Besonders schwerwiegend für die Amazon Peruvian-Gesellschaft ist der Umstand, dass sie Zwistigkeiten zwischen eingebornen Stämmen zu Grausamkeiten gegen dieselben ausnützte und von gewissen Abenteurern abhängig war.

Direktor Gubbins erklärte, dass nach seiner eigenen Schätzung innerhalb zwölf Jahren 30,000 Indianer hingemordet worden seien. Seit 1909 hätten die Greuel abgenommen. Solange er an der Gesellschaft beteiligt sei, sei ihm von schweren Vorkommnissen nichts mehr bekannt geworden. Die Enthüllungen in der « Truth » (dem Blatte, das endlich die unerhörten Scheusslichkeiten vor der erstaunten Welt abdeckte) hätten ihn nicht überzeugt und er hätte keinen Anlass gesehen, vom Geschäft zurückzutreten.

Dies sagt der gleiche Mann, der zugibt, dass sein kaufmännisches Unternehmen ungefähr 30,000 Menschenleben auf dem Gewissen habe. Es wird schwer halten, sich in die Mentalität solcher Pioniere der europäischen Kultur hinein zu versetzen, und die englische Regierung, die an Stelle der offenbar ihre Pflichten nicht erfüllenden peruvianischen Behörden mit fester Hand einzugreifen sich anschickt, verdient den Dank der Menschheit.

Es scheint übrigens, dass die schlimmsten Greuel nicht zu Lasten der Engländer, sondern vor allem eines gewissen Arana fallen.»

Die englischen Kapitalisten, die namentlich in Afrika und ganz besonders in Asien unter den Eingebornen schweres Unheil gestiftet haben, begnügen sich nicht damit, die Neger oder die Hindus nach allen Regeln der Kunst auszubeuten. Wenn es ihrer Profitsucht dient, schrecken die Herren Engländer nicht davor zurück, ganze Völker zu vernichten, und zwar nicht immer mit Feuer und Schwert, wie es in der Bibel steht, sondern zur Abwechslung auch einmal mit Gift. Wir können als krasses Beispiel hierfür folgende dem « Basler Vorwärts » entnommenen Schilderungen anführen:

„Opium und Kulturmission.

Zwischen England und China ist ein offener Konflikt wegen der Opiumfrage ausgebrochen, der ernste Verwicklungen nach sich zu ziehen droht. Die Sache hat eine lange Vorgeschichte. In der schmachbeladenen Geschichte des englischen Imperialismus gibt es kein schimpflicheres Kapitel, als seine Beziehungen zu China, bei denen die Opiumfrage bis in die neueste Zeit hin-

ein die Hauptrolle spielte. Ueber die Folgen des Opiumrauchens gibt es in der ärztlichen Wissenschaft keine Meinungsverschiedenheiten. Es zerrüttet das Nervensystem, lähmt die Willenskraft, untergräbt die geistigen Fähigkeiten und zertrümmert den sittlichen Halt des mit dem Laster Behafteten. Wer ihm einmal verfallen ist, kann ihm nicht widerstehen; er wird, wie ein sachkundiger Engländer schrieb, seine Frau verkaufen, seine Kinder dem Hunger preisgeben, seinen alten Eltern das Hemd vom Leibe wegstehlen, um seine Leidenschaft zu befriedigen.

Es ist das Unglück Chinas, dass sich dieses Laster in weite Kreise seines Volkes eingefressen hat. Aufgeklärte Männer in China haben schon seit Jahrzehnten die grössten Anstrengungen gemacht, um dieses Laster, das die ganze Volkskraft zu zerstören droht, mit Stumpf und Stiel auszurotten. Schon während des alten Regimes waren eine ganze Anzahl Gesetze und kaiserlicher Edikte gegen die Produktion, den Verkauf und den Genuss des Opiums erlassen worden; aber sie blieben meist unausgeführt. Es war die erste Aufgabe des konstitutionellen Regimes, eine strengere Durchführung dieser Gesetze und neue Massnahmen gegen den Opiumgenuss zu beschliessen.

Der wirksamen Bekämpfung des Lasters steht aber eine unüberwindliche Schwierigkeit im Wege und das ist die vielgepriesene europäische Kulturmission. China ist nämlich vertragsmässig verpflichtet, britischen Firmen den Engrosverkauf des Opiums in China zu gestatten. England hat gegen China zwei langwierige und blutige Kriege geführt, die von 1839 bis 1842 und von 1856 bis 1858, um den Chinesen die heilige Dreieinigkeit von Christentum, Kattun und Opium aufzuzwingen. Ueber diese Kriege sagte kein Geringerer als Gladstone: «Ich kenne keinen Krieg, und ich habe auch nie von einem gelesen, dessen Ursprung ungerechter oder dessen Verlauf mehr geeignet wäre, England mit Schmach zu bedecken. . . Ich zittere vor dem Urteilspruch Gottes über unsere nationale Missetat gegen China.» Aber was fragte England danach? Die Kriege brachten ihm den Vertrag von Tientsin von 1858 ein, der vom Vertrag von Tschifu von 1876 modifiziert wurde. Diese Verträge zwingen China nicht nur, sein Volk dem englischen Opium preiszugeben, sondern begrenzen den zulässigen Einfuhrzoll auf 3 bis 8 Prozent je nach dem Marktpreise des Opiums. Der Grund, warum England selbst diese schmachvollen Kriege nicht gescheut hat, um auf die Völker Chinas dieses Gift loszulassen, dessen einfacher Genuss in Japan, Australien, Amerika, Kanada usw. mit den drastischsten Strafen verfolgt wird, liegt darin, dass Indien das wichtigste Ausfuhrland des Opiums ist und dass der Export desselben eine wichtige Einnahmequelle des indi-

sehen Staates darstellt und einigen reichen indischen Kaufleuten grosse Profite abwirft.

In Indien steht der Anbau des Opiums unter der strengen Aufsicht der Regierung, die den Pflanzern jährliche Konzessionen erteilt. Nach der Ernte kauft die Regierung den gesamten Mohnsaft zu einem von ihr selbst festgesetzten und sehr niedrigen Preise an und verarbeitet ihn in der Regierungsopiumfabrik zu Opium. Das fertige Opium wird dann auf monatlichen Auktionen in Kalkutta an die Exporteure verkauft. Die Pflanzler verdienen fast gar nichts und sind nur damit zum Anbau des Opiums zu bewegen, dass die Regierung ihnen den Preis der Ernte vorschiess. Um so bessere Geschäfte machen die Exporteure.

Der indische Staat schlug aus den Exportgebühren auf Opium bis 1907 durchschnittlich fast 9½ Millionen Pfund Sterling (70 Millionen Mark) im Jahre heraus. Im Jahre 1907 wurde endlich ein Schritt unternommen, diesem schmälichen Verkehr Einhalt zu tun. Die englische Regierung schloss ein Abkommen mit China ab, worin sich England verpflichtete, den Opiumexport von Indien nach China jedes Jahr um ein Zehntel einzuschränken, so dass in zehn Jahren, nämlich mit dem Jahre 1916, der ganze Export aufhören würde. Gleichzeitig verpflichtete sich die chinesische Regierung zu der ungleich schwierigeren und opfervolleren Aufgabe, ihrerseits die inländische Opiumproduktion des Reiches in ähnlicher Weise einzuschränken, bis sie im Jahre 1916 gleichzeitig mit der Einfuhr aus Indien gänzlich aufhörte. Die chinesische Regierung machte sich sofort ans Werk und setzte trotz der enormen Schwierigkeiten und nur dank der Anwendung schärfster Mittel die Einschränkung der Opiumproduktion mit staunenswertem Erfolg durch, so dass sie in einigen der wichtigsten Provinzen schon nach zwei bis drei Jahren völlig aufhörte.

Das Abkommen hatte eine Folge, die leicht voraussehen war. Bei einem System, das das Angebot eines vielbegehrten Bedarfsartikels planmässig von Jahr zu Jahr einschränkte, musste nämlich der Weizen der englischen Opiumspekulanten in Kalkutta und den chinesischen Einfuhrhäfen blühen. Der Preis des Opiums stieg in phänomenaler Weise. Er betrug pro Kiste:

im Jahre 1907	924 Taels
» » 1908	1105 »
» » 1909	1442 »
» » 1910	2400 »
» » 1911	3750 »

Das hatte zunächst die Folge, dass die indischen Staatseinkünfte vom Opiumexport enorm stiegen. Die indische Regierung hatte berechnet, aus den Exportgebühren in dem ganzen Zeitraum insgesamt 11,200,000 Pfund Sterling einzunehmen. Aber infolge der Preissteigerungen werden

sich die Einkünfte schon am Schluss des gegenwärtigen Finanzjahres auf 20 $\frac{1}{4}$ Millionen Pfund Sterling belaufen.

Gestützt auf diese Zahlen und auf die erstaunliche Einschränkung der Opiumproduktion in China, verlangte die chinesische Regierung eine Revision des Vertrages von 1907, die in 1911 zustande kam. Danach kann eine Provinz, die ihre Opiumproduktion oder ihren Opiumkonsum eingestellt hat, auch die Einfuhr britischen Opiums völlig verbieten. Ferner erhielt China das Recht, die Opiumzölle beträchtlich zu erhöhen und den Detailhandel und den Konsum, im Unterschied zum Engroshandel, nach Belieben zu erschweren.

Die Begleitumstände der chinesischen Revolution trieben den Konflikt auf die Spitze. Die Zentralregierung konnte ihre Autorität in den entfernten Provinzen nicht wie früher behaupten, und namentlich in der Provinz Yunnan begann die Opiumproduktion wieder zuzunehmen. Die Versuchung war freilich fast unwiderstehlich bei den künstlich hinaufgetriebenen Preisen und angesichts der Riesenprofite, die die englischen Importeure dank der chinesischen Produktionseinschränkung einsackten. Aber der Rückfall ist von den englischen Interessenten masslos übertrieben worden, und jetzt liegen völlig einwandfreie Beweise vor, dass die republikanische Regierung der Opiumproduktion wieder mit der grössten Energie und grossem Erfolg an den Leib gegangen ist.

Aber die englischen Importeure schreien Zeter und Mordio, weil die chinesische Regierung ihr edles Geschäft gemäss dem Vertrag von 1911 erschwert. Sie fordern, dass China die bereits gesperrten Provinzen wieder dem Opium öffne und auch dem Detailhandel und dem Konsum keine Schwierigkeiten bereite. Manche begnügen sich mit der Forderung, dass der Vertrag von 1911 rückgängig gemacht werde; andere wollen sogar den von 1907 gekündigt sehen, um so dem Opiumhandel wieder völlig neue Bahnen zu öffnen. Von der englischen Regierung fordern sie ausserdem die vorläufige Einstellung des Opiumexports von Indien, um den Preis ihres Vorrats noch mehr in die Höhe zu treiben.

Es versteht sich, dass die englische Regierung sich der Interessen der Opiumspekulanten annimmt und die chinesische Regierung mit Pressionen und Drohungen zu bändigen sucht. In der englischen Presse — hauptsächlich, aber keineswegs ausschliesslich, der konservativen — wird die Hetze schamlos fortgeführt. Die «Times» wehklagen, dass ein neuer Opiumkrieg gegen China nicht gangbar sei, weil er die öffentliche Meinung in England abstossen würde. Nun, wenn's darauf ankommt, dann können ja die englischen Diplomaten dafür sorgen, dass der Krieg aus irgendeinem andern Grunde begonnen wird.

Das wäre im zwanzigsten Jahrhundert eine würdige Krönung der Kulturleistungen des europäischen Imperialismus.

L. K.»

Selbstredend sind die deutschen und französischen Kapitalisten ebenso skrupellos wie die Holländer, die Amerikaner und die Engländer. Wenn sich die Herren auf Kosten der Nation gegenseitig den Krieg erklären, so nicht etwa, weil die einen es mit den Eingebornen der Kolonien besser meinen als die andern, sondern nur jeder zu dem Zweck, an Stelle des andern die Kolonien ihres Naturreichtums berauben und die Eingebornen für sich arbeiten lassen zu können. Sobald es sich aber darum handelt, den Befreiungsversuchen der unterjochten Völker entgegenzutreten, dann vergessen die Herren sehr schnell ihre sogenannte Nationalität. Wie in Europa dem ab und zu sich auflehrenden Proletariat, so stehen sie in den Kolonien einig den unterdrückten Eingebornen gegenüber.

Der Klasseninstinkt, das Klassenempfinden drängt bei den Herren Kapitalisten alle andern Rücksichten in den Hintergrund, wenn sie auch dies in der Regel bestreiten. Von den völlig ungeschulten, unorganisierten und von ihren religiösen Vorstellungen an der klaren Erkenntnis ihrer Lage behinderten wilden oder halbwildern Völkern Afrikas, Asiens oder Amerikas ist kaum etwas anderes zu erwarten, als dass sie ohne Aussicht auf Erfolg, ohne bestimmtes Ziel, von Zeit zu Zeit durch Revolten ihrem Schmerz und ihrer Wut über die Leiden der Unterdrückung Luft machen. Vom geschulten, organisierten europäischen Lohnarbeiter und namentlich von den sogenannten geistigen Lohnarbeitern dürfte man dagegen erwarten, dass sie endlich einsehen, dass ihre wichtigsten Interessen nicht nationale, sondern Klasseninteressen sind.



Die gewerkschaftliche Methode in Deutschland, Frankreich und England.

Unter diesem Titel verbreitet das *Korrespondenzblatt der Internationalen Transportarbeiter-Federation* eine Abhandlung über Gewerkschaftsstrategie, die auch für die Gewerkschafter ausserhalb des Transportgewerbes und ganz besonders für unsere schweizerischen Kameraden sehr viel Interessantes und Lehrreiches enthält.

Die Abhandlung befasst sich zwar vorwiegend mit den konservativen englischen Trade-Unions, dann mit den sogenannten revolutionären syndikalistischen Gewerkschaften Frankreichs und stellt beiden die Organisationsform und Aktionsmethoden der deutschen Gewerkschaften gegenüber. Dabei finden die Beispiele der jüngsten